



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/152 - 7.7.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Kinderbeihilfe in weiter Ferne	S. 1
Frankreich noch lange nicht überm Berg	S. 3
"Junge Union" in der Diskussion	S. 5
Dr. Friedrich Adler 75 Jahre	S. 6

Familienfeindliches Kinderbeihilfengesetz

F.B. Wer heute sagen wollte, wann die Kinderbeihilfen das erstemal in klingender Münze tatsächlich ausgezahlt werden, der ist kein Sozialpolitiker, sondern ein Prophet. Am Dienstag dieser Woche hat der Sozialpolitische Ausschuss des Bundestages seine Arbeiten wieder nicht abschliessen können, ob er es am Freitag schaffen wird, ist durchaus fraglich. Schuld an diesen Verzögerungen, die dazu führen können, dass auch in diesem Jahre der Gesetzesdurchlauf nicht zum Abschluss kommt, ist die völlig unmögliche Konstruktion des Gesetzentwurfes der CDU/CSU, dem leider gegenüber der klaren Vorlage der SPD der Vorzug gegeben wurde.

Um mit den noch offenen Fragen zu beginnen: Bis heute ist die Aufbringung der Mittel noch ungeklärt, soweit es die zahlungspflichtigen Selbständigen betrifft. Erst wünschte die angeblich mittelstandsfreudige CDU/CSU, dass schon Selbständige mit einem Jahreseinkommen von 3 600.-- DM zur Abgabe herangezogen werden sollen. Dann liess sie eine zahlenmässige Begrenzung völlig zugunsten einer Kautschukbestimmung fallen, nach der die Abgabe nicht erhoben werden soll, wenn die Einzugskosten in keinem Verhältnis zum Aufkommen stehen, und im Moment weiss diese Partei überhaupt nicht, was sie will.

Warum man sich in dieser Lage nicht für den mittelstands-

7. Juli 1954

freundlichen SPD-Antrag entscheidet, der vorsieht, dass Selbständige erst ab einem Jahreseinkommen von 4.800.- M zur Abgabe für Kinderbeihilfen herangezogen werden sollen, ist einfach unerfindlich. Offen ist auch noch der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes, und welche Aufgaben die zu bildenden Selbstverwaltungs-Körperschaft haben soll, weiss offensichtlich keine der Koalitionsparteien.

Aber selbst wenn diese Fragen noch bis Freitag geklärt werden sollten, was herauskommen wird, ist eines der unsozialsten Gesetze, die diese Koalition geschaffen hat. Wenn man nur daran denkt, dass gerade die sozial schwächsten Schichten, also Arbeitslose, Rentner, Soforthilfe-Empfänger usw. aus dem Gesetz ausgeschlossen sind, dann kann man schon heute ermessen, welchen sozialen Unfrieden dieses Gesetz schaffen wird.

Die Vertröstung, dass alle diese Kreise in späteren Novellen in den betreffenden Versorgungsgesetzen berücksichtigt werden sollen, glaubt ohnehin niemand. Um das Mass voll zu machen, hat man sogar eine Bestimmung in das Gesetz eingefügt, dass Empfänger von Krankengeld, sobald sie von der Kasse ausgesteuert werden, in diesem Moment auch noch den Anspruch auf Kinderbeihilfen verlieren. Erwähnen wir schliesslich, dass auch der SPD-Antrag, Kindergeld in Höhe von 25.- M schon ab zweitem Kind zu gewähren, von der Koalitions-Abstimmungsmaschine verworfen wurde. Nur in einem Punkte gelang es der Sozialdemokratie, einen Erfolg zu erzielen, so dass in Zukunft auch bei Streiks und Aussperrungen Kinderbeihilfen gezahlt werden.

Im übrigen aber ist dieses Gesetz ein Musterbeispiel der sozialpolitischen Konzeptionslosigkeit des Bundesarbeitsministeriums und der Koalitionsparteien. Es wird Sache der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im Plenum sein, dieses vor der ganzen Öffentlichkeit klarzustellen. Sie wird daneben auch alle ihre entscheidenden Anträge wiederholen, um zu dokumentieren, welche Parteien familienfreundlich sind und welche Parteien, obwohl sie ein eigenes Familienministerium geschaffen haben, das in dieser wichtigen Frage nichts tut, die Familienpolitik nur im Munde führen.

Mendes-France in der Klemme

G.S. Paris, Anfang Juli

Als Ministerpräsident Mendes-France sein Amt antrat, wusste er, dass zumindest der südliche Teil des Deltas in Indochina von den französischen Truppen geräumt werden müsste: Es ist ihm jetzt ebenso klar, dass faktisch das gesamte Delta, und das heisst der gesamte Viet-Nam (vorläufig noch nicht Kambodscha und Laos), für Frankreich verloren ist. Es kann jetzt kaum ein Zweifel daran bestehen, dass jedes Abkommen über Indochina diesen Verlust zur Grundlage haben wird. Sollte es am 20. Juli - wie Mendes-France versprochen hat - zu einer Feuereinstellung in Indochina kommen, so wird das Schicksal des Viet-Nams besiegelt sein, wie auch die Waffenstillstandsklauseln abgefasst sein mögen.

Damit wird die Politik besiegelt sein, die von seinen Vorgängern Jahre hindurch betrieben wurde. Doch wird Mendes-France nicht verhindern können, von seinen Gegnern in Frankreich und insbesondere in den Vereinigten Staaten als der "Mann der Kapitulation" betrachtet zu werden. Eine Kampagne in diesem Sinne ist bereits in vollem Gange. Wird sich Mendes-France angesichts übertriebener Forderungen der indochinesischen Kommunisten dazu entschliessen, Rekruten nach Indochina zu entsenden? In diesem Falle kann er mit Sicherheit darauf rechnen, im Parlament keine Mehrheit zu finden. Gerüchte dieser Art riefen sofort die Reaktion des Sozialistenkongresses hervor, der in den letzten Tagen in Paris zusammengetreten war. Die Sozialisten sind auf keinen Fall bereit, einer solchen Massnahme zuzustimmen, wenn sie sich andererseits auch gegen eine "Kapitulation" in Indochina aussprechen. Wie wird Mendes-France diese Quadratur des Kreises verwirklichen können? Umsomehr, als er vom Abschluss eines Südostasienpakts ebenso wenig begeistert ist wie Grossbritannien und der Sozialistenkongress, der einen solchen Pakt ausdrücklich ablehnte und überdies für die Anerkennung Mao Tse-tungs durch Frankreich Stellung nahm.

Was also Indochina anbelangt, so ist Mendes-France in der Klemme. Er ist es nicht weniger, was das Problem der EVG anbetrifft. Der Rede Adenauers, die in Paris wegen ihres Tones grosses Unbehagen hervorrief, folgte der Beschluss des Sozialistenkongresses, für die EVG einzutreten und jede "Ersatzlösung" abzulehnen. Das ist ein Schlag

für Mendes-France, der seinen Staatssekretär de Beaumont ausdrücklich beauftragt hatte, mit Adenauer über eine Ersatzlösung zu sprechen, die im Sinne von Mendes-France darin bestehen müsste, den EVG-Vertrag seiner "supranationalen" Attribute zumindest für einige Jahre zu entkleiden. Die Tatsache, dass der Sozialistenkongress sowohl abermals für die EVG als auch gegen jede Form einer nationalen Wiederbewaffnung Deutschlands Stellung nahm, verschmälert die Handlungsfreiheit des französischen Ministerpräsidenten ausserordentlich.

In der Klemme ist Mendes-France auch, soweit Nordafrika in Betracht kommt. Der Mann, zu dessen Hauptprogrammpunkt eine Versöhnung mit den Nationalisten in Tunesien und Marokko gehört, sieht sich in diesen beiden französischen Protektoraten einer Bürgerkriegssituation gegenüber, für die er nicht verantwortlich ist, die ihn aber zwingt, vor Einführung einer liberaleren Politik zu - Polizeimassnahmen zu greifen. Es bleibt ihm hier allerdings die Möglichkeit - wie er es versprochen hat - Polizei- und Versöhnungsmassnahmen zu kombinieren - aber eine solche Politik wird in der Praxis schwer durchzuführen sein. Die Sozialisten, auf deren Unterstützung er nach dem 20. Juli rechnet, billigen die Versöhnungsmassnahmen, wollen aber nichts von einer Wiederherstellung der "Ordnung" in Tunesien und Marokko wissen. Die anderen Parlamentsfraktionen sind mehr für die "Ordnung", aber weitaus weniger für die Versöhnung...

Und schliesslich die dritte Klippe, und nicht die unwichtigste: Mendes-France hat versprochen, am 20. Juli ein neues Wirtschafts- und Finanzprogramm vorzulegen. Man weiss in grossen Zügen, was es enthalten wird: rigorose Finanzpolitik, "austerity", Wirtschaftsexpansion, Erhöhung der Produktivität. "Ausgezeichnet", erklärten die Sozialisten auf ihrem Kongress; aber alle diese Massnahmen, die wir im Prinzip billigen, haben eine weitere Massnahme zur Voraussetzung: zunächst Erhöhung der Mindestlöhne in Frankreich, damit die "austerity" nicht zu einer vorläufigen Stabilisierung eines status quo führt, der von den Werktätigen in Frankreich als unerträglich empfunden wird. Mendes-France kann jedoch nicht ernsthaft daran denken, sein Wirtschafts- und Finanzprogramm ohne die Unterstützung der Sozialisten durchzuführen.

Sollte es dem neuen französischen Ministerpräsidenten gelingen, einen Waffenstillstand in Indochina zu erreichen, dann wird er (weniger in den Vereinigten Staaten) ein ungeheures Prestige haben. Es könnte sein, dass dann seine Popularität ihm zu einer viel breiteren parlamentarischen Basis verhelfen und ihm die Unterstützung der Sozialisten sichern könnte. Aber zu übertriebenem Optimismus besteht für Mendes-France sicherlich kein Anlass.

Unduldsame Junge Union

-tt- Im Dienstag sprach der Vizepräsident des Bundestages und Professor der Frankfurter Universität, Bundestagsabgeordneter Dr. Carlo Schmid, vor dem Bonner politischen Forum zu einigen hundert Studenten über das Thema "Christentum und Sozialismus". Sein Referat und seine Antwort auf den Diskussionsbeitrag des evangelischen Theologie-Professor Dr. Gollwitzer dauerten etwa anderthalb Stunden. Weil ein Teil der Studenten die Ankündigung, dass die Veranstaltung damit ihr Ende gefunden habe, protestierend mit Scharren aufnahm, erklärte sich Prof. Schmid trotz der späten Stunde bereit, weitere Diskussionsbeiträge zu beantworten. Als aber die Diskussion daraufhin wieder eröffnet wurde, meldete sich kein einziger Student zum Wort.

Das ist der Tatbestand, der uns in zweifacher Hinsicht ein Symptom für die geistige Verfassung eines gewissen Teils der Studenten - nicht nur in Bonn - zu sein scheint. Es muss nämlich noch hinzugefügt werden, dass das überaus sachliche Referat Prof. Schmides zwar in Ruhe angehört wurde, dass aber jede, als Angriff gegen die SPD auch nur deutbare Redewendung Prof. Gollwitzers den sich zur CDU bekennenden Studenten den geradezu gesuchten Anlass für demonstrative Beifallskundgebungen bot. Schon die rethorische Bemerkung Prof. Gollwitzers, er sei kein Sozialdemokrat, wurde mit Trampeln begrüsst.

Diese intransigente Haltung der Studenten-Mitglieder der "Jungen Union" der CDU, die durch vielerlei Erfahrungen aus dem vergangenen Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen bestätigt wird, muss als ein überaus bedauerliches Zeichen einer erschütternden geistigen Verhärtung des CDU-Nachwuchses erkannt werden. Diese jungen Menschen, denen gerade als Studenten die geistige Aufgeschlossenheit ein Wesensmerkmal sein müsste, kommen völlig voreingenommen und ohne jede Bereitschaft zu einem Verstehenwollen oder gar einem Anerkennenwollen der gegnerischen Ansichten in die SPD-Versammlungen. Sie erweisen und verhalten sich absichtlich intolerant, und sie verharren in einer so engen Klausur des Denkens, dass man dem Tag ihres Eintritts in die aktive Politik mit grösster Besorgnis entgegen sehen muss. Was sich hier in einem von den Betroffenen teils selbst gewollten und wahrscheinlich leider auch von aussen bewusst herbeigeführten Prozess der Abkapselung in einer bedenklichen eng begrenzten Vorstellungswelt anzubahnen droht erfordert die äusserste Aufmerksamkeit der führenden Persönlichkeiten

in allen politischen Lagern. Sie sollten mit allen ihren Kräften dieser geistig-politischen Verhärtung in unserer jungen deutschen Generation entgegenwirken.

Wenn jedoch - wie in Bonn - zu dieser Intoleranz noch blosse Obstruktion hinzukommt, die nur noch lärmern und protestieren, sich aber nicht einmal mehr zu einer eigenen Stellungnahme aufraffen kann, weil man dann aus der so bequemen und ungefährlichen Masse der anonymen Mitläufer heraustreten und für seine Meinung eintreten müsste - dann allerdings scheint uns der Entwicklungsprozess innerhalb des CDU-Nachwuchses zur Unduldsamkeit und politischen Sterilität an einem Grad angelangt zu sein, der für das deutsche öffentliche Leben gemeingefährlich zu werden droht.

+ + +

Vorkämpfer für Demokratie und Sozialismus

In der Schweiz feiert am 9. Juli Friedrich Adler in völliger Zurückgezogenheit seinen 75. Geburtstag. Dem "Neuen Vorwärts", der zu diesem Tage eine Würdigung des grossen Vorkämpfers für Sozialismus und Demokratie bringt, entnehmen wir die folgenden Zeilen.

"In überzeugten Sozialisten leben zwei Sorgen: die Sorge um den materiellen Standard der Arbeiterklasse und die Sorge um ihren moralischen Standard... Das quälende Problem ist: Wieviel soll und darf geopfert werden von materiellen Vorteilen zugunsten der Erhaltung des moralischen Standards und wieviel vom moralischen zugunsten des materiellen?" (Friedrich Adler: "Bemerkungen zur Lage im okkupierten Oesterreich").

Diese Worte kennzeichnen Friedrich Adler, den Sozialisten wie den Menschen. Ein Mann, für den das Ziel des Sozialismus ebenso sehr ein geistig-seelisches wie ein materiell-ökonomisches ist, musste notwendig ein unerbittlicher Gegner jeder Art von Absolutismus, Autokratie und Diktatur sein.

Als Sohn des Arztes Dr. Viktor Adler, des kurz nach dem Zusammenbruch der Monarchie gestorbenen unbestrittenen Führers der österreichischen Sozialdemokratie, am 9. Juli 1879 in Wien geboren, betrieb Friedrich Adler nach Absolvierung des Gymnasiums zunächst in Zürich als Schüler Ernst Machs naturwissenschaftliche Studien. Dort wurde er Kollege und Freund Albert Einsteins, zu dessen Gunsten er - in Erkenntnis der naturwissenschaftlichen Sozialität des Mannes - auf die angefragte Dozentur verzichtete. Von nun an widmete sich Friedrich Adler der Politik, war eine Zeitlang Redakteur beim sozialdemokratischen "Volksrecht" in Zürich und kehrte 1911 nach Wien zurück, wo er 1913 in das Parteisekretariat der österreichischen Sozialdemokratie berufen wurde.

Ein Jahr später brach der erste Weltkrieg aus. Der habsburgische Absolutismus feierte, wenn auch "gemildert durch Schlamperei", wie es Viktor Adler ausgedrückt hat, Triumphe. Im Blutbad und Kanonendonner -menschensmordender Schlachten glaubte er seine innere Brüchigkeit überwinden und dem drohenden Untergang entgehen zu können. In dieser Zeit wurde in Oesterreich ohne Parlament regiert, die Stimme des Volkes blieb ungehört, die Sozialdemokratische Partei war geschwächt und in ihrer politischen Haltung unsicher geworden. Aber es gab Kriegsgerichte und eine auf Hochtouren laufende Rüstungsindustrie.

In dieser Situation entschloss sich Friedrich Adler zu einer heroischen und zugleich symbolischen Tat, in der sich das Aufbegehren einer ganzen Nation gegen Tod und Hunger, gegen Krieg und Unterdrückung gleichnishaft manifestierte: Er erschoss am 21. Oktober 1906 den Grafen Stürgkh, amtierender Ministerpräsident der Habsburger Monarchie und Hauptverantwortlicher für die Ausschaltung des Parlamentes und die Einführung der Diktatur.

Vor dem zu seiner Aburteilung zusammengetretenen Ausnahmegericht wurde Friedrich Adler vom Angeklagten zum Ankläger. Seine Anklagerede zählt zu den wertvollsten historischen Dokumenten der österreichischen Sozialdemokratie. Am 19. Mai 1917 verurteilte man ihn zum Tode durch den Strang, begnadigte ihn jedoch später zu 18 Jahren Kerkerhaft. Im Herbst 1918, wenige Tage vor dem endgültigen Zusammenbruch der Monarchie, wurde er amnestiert und freigelassen.

Friedrich Adler stellte sich sofort wieder in den Dienst der österreichischen Sozialdemokratischen Partei und trug durch seine kluge politische Taktik dazu bei, dass die Einheit der Sozialistischen Partei in der ersten Republik gewahrt und die Kommunisten politisch bedeutungslos blieben. Zugleich aber setzte er sich für den Wiederaufbau der Internationale ein (vergl. Friedrich Adler: "Die Erneuerung der Internationale", 1918). Die erste Frucht seiner Bemühungen war die im Februar 1921 erfolgte Gründung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, deren Sekretariat er übernahm. Als im Mai 1923 auf dem Hamburger Kongress die Wiedervereinigung aller Sozialistischen Parteien ihren Niederschlag in der Gründung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale fand, wurde Friedrich Adler ihr Sekretär mit Sitz in London, dann in Zürich und zuletzt in Brüssel. Viele Jahre hindurch hat er dieses Amt bekleidet und sich bemüht, den Zusammenhalt der Internationale immer mehr zu festigen. Unvergessen bleibt, was er im Kampf gegen den aufkommenden Faschismus und für die Rechte seiner Opfer in den Jahren der Hitler-tyrannie in Deutschland, Oesterreich und anderen Ländern geleistet hat, bevor er 1940 beim Einmarsch der deutschen Truppen Belgien verlassen und nach Amerika ins Exil gehen musste.

Seit seiner Rückkehr lebt Friedrich Adler zurückgezogen in der Schweiz. Wenn er auch die politischen Geschicke des internationalen Sozialismus nicht mehr aktiv mitbestimmt, so gebührt ihm doch an seinem 75. Geburtstag unser aller Dank für das, was er in der Vergangenheit für den Sozialismus getan hat.